Ressort: Politik

Wohnungsverkäufer sollen für Makler bezahlen

Berlin, 25.02.2019, 00:00 Uhr

GDN - Wer einen Makler beauftragt, soll ihn künftig auch beim Kauf und Verkauf von Wohnimmobilien bezahlen. Das sieht ein Gesetzesentwurf des Bundesjustizministeriums vor.

Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) will damit die Käufer von Wohnungen und Eigenheimen bei den hierzulande hohen Erwerbsnebenkosten entlasten. "Ein eigenes Zuhause wird gerade für junge Menschen und Familien immer schwerer zu finanzieren. Oft müssen Käufer enorme Maklerkosten tragen, obwohl der Verkäufer den Makler beauftragt hat", sagte Barley der "Süddeutschen Zeitung". In Deutschland wechseln nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes jedes Jahr 500.000 Wohnimmobilien den Eigentümer. In fast zwei von drei Fällen sind dabei Makler beteiligt - mit einer Provision von bis zu 7,14 Prozent der Kaufsumme. Bei einer 400.000 Euro teuren Immobilie sind das schon knapp 30.000 Euro. Gerade in den Regionen mit großer Wohnungsnot sei es aber üblich, dass die Provision allein vom Käufer gezahlt werde. "Auch in Bundesländern, in welchen grundsätzlich eine Teilung der Provision zwischen Makler und Verkäufer praktiziert wird, wird aufgrund des knappen Angebots an Immobilien einseitig dem Verkäufer entgegengekommen." Die Käufer seien in einer "faktischen Zwangslage", heißt es in dem Entwurf, über den die Zeitung berichtet. Für Barley ist deshalb klar: Der bewährte Grundsatz "Wer bestellt, der zahlt" müsse auch bei Immobilienkäufen gelten. "Das sorgt für einen echten Wettbewerb und faire Preise bei den Maklerkosten", sagte die Ministerin. Das Bestellerprinzip gilt bereits bei Mietverträgen. Seit 1. Juni 2015 müssen nicht mehr die Mieter, sondern die Vermieter für die Maklercourtage aufkommen, sofern sie den Vermittler eingeschaltet haben. Wird dieses Verfahren nun auf den Erwerb von Wohnimmobilien übertragen, dürfte dies das Geschäft der Makler beeinträchtigen. Das Justizministerium rechnet damit, dass die Einnahmen der Makler aufgrund von Auftragsverlusten um zehn Prozent oder 600 Millionen Euro zurückgehen werden. Zusätzlich seien durch sinkende Provisionen geringere Einnahmen zu erwarten. Für die Käufer ergäben sich hingegen Einsparungen von bis zu drei Milliarden Euro.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-120623/wohnungsverkaeufer-sollen-fuer-makler-bezahlen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc. 3651 Lindell Road, Suite D168 Las Vegas, NV 89103, USA (702) 943.0321 Local (702) 943.0233 Facsimile info@unitedpressassociation.org info@gna24.com www.gna24.com